In allen den Detailhandel betreffenden Fragen Auskunft zu erteilen. Die Auskunftserteilung geschieht mündlich; sie erfolgt unentgeltlich, ist aber unverbindlich. Sie erstreckt sich hauptsächlich auf kaufmännische Buch- und Rechnungsführung, nebst Bilanz- und Kalkulationswesen, kaufmännische Korrespondenz, Einrichtung, Betrieb, Umwandlung, Verkauf und Auflösung eines Handelsgeschäfts, Handels- und Verkehrsgeographie, Post, Telegraphen, Fernsprech- und Eisenbahnwesen etc. — Zum Zwecke der Hebung der Berufs- und Allgemeinbildung des bereits in praktischer Berufsart stehenden Kaufmannsstapels hat die Kammer Unterrichtskurse für selbständige Detailkaufleute eingerichtet. Nach der hierfür erlassenen „Ordnung“ bezwecken die Unterrichtskurse, selbständigen Kaufleuten des hamburgischen Detailhandels und deren Angehörigen — unter steter Berücksichtigung der praktischen Bedürfnisse des Berufs — die Kenntnisse in den einzelnen wichtigeren Zweigen des kaufmännischen Wissens zu vermitteln bzw. sie darin auszubilden. Als Unterrichtsfächer dienen u. a. Buchführung, nebst Bilanzkunde und Geschäftsstatistik, Kalkulationslehre, Wechselkunde, kaufmännische Prozesskunde mit besonderer Berücksichtigung des Mahnverfahrens, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Grundzüge der Handelslehre. Ein Kursus umfasst etwa 30 — 36 Unterrichtsstunden. Die Teilnehmergebühr beträgt 6 Mark. Das Unterrichtsmaterial wird unentgeltlich geliefert.

Das Verzeichnis der Kammermitglieder, des Beamtenspersonals und der Sachverständigen siehe Abschn. I.

Abteilung für das Handelsregister

gehört zum Amtsgericht.

Ziviljustizgebäude, Zimmer No. 253.

Geschäftszeit von 9—5. Die Aufnahme von Anträgen, die Einsichtnahme der Register etc. findet regelmäßig während der Zeit von 11—3 statt.

Die bei dieser Abteilung geführten Register (Handelsregister, Genossenschaftsregister, Musterregister) sind öffentlich. Die Einsichtnahme derselben sowie der zum Handelsregister eingereichten Schriftstücke ist jedermann gegen eine Gebühr von 20 Pfennigen gestattet. Der Einsichtnahme wird die Auskunft, dass die betr. Firma u. s. w. eingetragen oder nicht eingetragen sei, für die Gebührenreibung gleichgültig. Von den Eintragungen kann eine Abschrift gefordert werden, das gleiche gilt in Ansehung der zum Handelsregister eingereichten Schriftstücke, sofern ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird. Die Abschrift wird auf Verlangen beglaubigt. Das Gericht erteilt auf Verlangen auch eine Bescheinigung darüber, dass bezüglich des Gegenstandes einer Eintragung weitere Eintragungen nicht vorhanden sind oder dass eine bestimmte Eintragung nicht erfolgt ist. Ein gedrucktes Firmenverzeichnis liegt zur unentgeltlichen Benutzung aus.

Nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches ist jeder Kaufmann verpflichtet, seine Firma und den Ort seiner Handelsniederlassung bei dem Gericht, in dessen Bezirke sich die Niederlassung befindet, zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden; er hat seine Firma zur Aufbewahrung bei dem Gericht zu zeichnen. Das letztere gilt auch von den Mitgliedern des Vorstandes und den Liquidatoren einer juristischen Person.

Eine Änderung der Firma oder ihrer Inhaber sowie die Verlegung ihrer Niederlassung an einen anderen Ort ist ebenfalls zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Das gleiche gilt, wenn die Firma erlischt.

Die Erteilung der Prokura ist von dem Inhaber des Handelsgeschäfts zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Der Prokurist hat die Firma nebst seiner Namensunterschrift zur Aufbewahrung bei dem Gerichte zu zeichnen. Das Erlöschen der Prokura ist in gleicher Weise wie die Erteilung zur Eintragung anzumelden.

Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sind bei dem Gerichte, in dessen Bezirke sie ihren Sitz haben, zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Die Änderung der Firma, die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft, der Eintritt eines Gesellschafters, der Ausschluss eines Gesellschafters von der Vertretung, die Anordnung einer Gesamtvertretung sowie jede Änderung in der Vertretungsmacht eines Gesellschafters ist gleichfalls anzumelden.

Wenn nach Auflösung der Gesellschaft die Liquidation erfolgt, so sind die Liquidatoren von sämtlichen Gesellschaftern zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Das gleiche gilt von jeder Aenderung in den Personen der Liquidatoren oder in ihrer Vertretungsmacht. Nach der Beendigung der Liquidation ist das Erlöschen der Firma von den Liquidatoren zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Auf Kommanditgesellschaften finden die Vorschriften über offene Handelsgesellschaften Anwendung.

Die Aktiengesellschaft ist von sämtlichen Gründern und Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrats zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Jede Änderung des Vorstandes oder der Vertretungsbefugnisse eines Vorstandsmitgliedes, Abänderung des Gesellschaftsvertrages, Erhöhung des Grundkapitals etc. ist durch den Vorstand zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Nach Auflösung der Gesellschaft und Beendigung der Liquidation und nachdem die Schlussrechnung gelegt, haben die Liquidatoren das Erlöschen der Gesellschafts-firma zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Die Anmeldungen zur Eintragung in das Handelsregister sowie die zur Aufbewahrung bei dem Gerichte bestimmten Zeichnungen von Unterschriften sind persönlich bei dem Gerichte zu bewirken oder in öffentlich beglaubigter Form einzureichen; sie werden, wenn sie persönlich bewirkt werden, in der Regel von dem Gerichtsschreiber, in besonderen Fällen von dem Richter zu Protokoll genommen. Die gleiche Form ist für eine Vollmacht zur Anmeldung erforderlich. Rechtsnachfolger eines Beteiligten haben die Rechtsnachfolge, soweit thunlich, durch öffentliche Urkunden nachzuweisen.

Bei der Auflösung von Gesellschaften (Ernennung und Abberufung von Liquidatoren, Anordnungen, betreffend Aufbewahrung und Einsicht von Büchern und Papieren und dergl.), Anordnung der Mitteilung einer Bilanz und dergl. an den Kommanditisten oder stillen Gesellschafter, aktienrechtliche Geschäfte (Revisorenernennung, Mitwirkung bei Berufung der Generalversammlung und bei der Prozessführung gegen Gründer u. s. w.)

Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes, betr. das Urheberrecht an Mustern und Modellen, vom 11. Januar 1876 sind folgende:

Der Urheber eines Modells oder Modells genießt den Schutz gegen Nachbildung nur dann, wenn er dasselbe zur Eintragung in das Musterregister angemeldet und ein Exemplar oder eine Abbildung des Modells etc. bei der mit der Führung des Musterregisters beauftragten Behörde niedergelegt hat. Die Anmeldung und Niederlegung müssen erfolgen, bevor ein nach dem Muster oder Modelle gefertigtes Erzeugnis verbreitet wird.

Es ist jedermann gestattet, von dem Musterregister und den nicht veriegelten Mustern und Modellen Einsicht zu nehmen und sich beglaubigte Auszüge aus dem Musterregister erteilen zu lassen.

Alle Einreden, Verhandlungen, Auktionen, Beglaubigungen, Zeugnisse, Auszüge etc., welche die Eintragung in das Musterregister betreffen, sind stempelfrei. Für jede Eintragung und Niederlegung eines einzelnen Modells oder eines Pakets mit Modellen etc. wird, insofern die Schutzfrist auf nicht länger als 3 Jahre beansprucht wird, eine Gebühr von 1 Mark für jedes Jahr erhoben. Nimmt der Urheber eine längere Schutzfrist in Anspruch, so hat er für jedes weitere Jahr bis zum zehnten Jahre einschliesslich eine Gebühr von 2 Mark, von 11 bis 15

Jahren eine Gebühr von 3 Mark für jedes einzelne Muster oder Modell zu entrichten. Für jeden Eintragungsschein sowie für jeden sonstigen Auszug aus dem Musterregister wird eine Gebühr von je 1 Mark erhoben.

Das Verzeichnis des Beamtenspersonals siehe Abschn. I unter Amtsgericht, Näheres Inhaltsverzeichnis.

Die Behörde für das Versicherungswesen — früher Behörde für Krankenversicherung

Ringstr. 15

Ist durch Beschluss von Senat und Bürgerschaft vom 21. 1. 84 bzw. 5. 3. 84 errichtet. Dieselbe besteht aus einem Mitgliede des Senats als Vorsitzenden und 4 Mitgliedern, welche von der Bürgerschaft auf 4 Jahre gewählt werden und von denen alljährlich das nach der Amtsdauer älteste ausscheidet. Der Bezirk der Behörde umfasst die Stadt Hamburg und diejenigen Gebiete der Landherrenschaft der Marschlande, in denen die Landgemeindeordnung keine Geltung hat.

Zum Geschäftskreis der Behörde gehören im Allgemeinen:

1. Die durch das Reichs-Krankenversicherungsgesetz der Aufsichtsbehörde bzw. der höheren Verwaltungsbehörde zugewiesenen Geschäfte, von denen namentlich die Beaufsichtigung der im Bezirk bestehenden Orts-, Betriebs- (Fabrik-) und Baukrankenstellen, die Prüfung und eventuell die Genehmigung der Statuten dieser Kassen, sowie die Entscheidung von Streitigkeiten über die Versicherungspflicht, die Kasenzugehörigkeit und Unterstützungs- und Ersatzansprüche hervorzuheben sind.

2. Die durch das Hilfskassengesetz der höheren Verwaltungsbehörde bzw. der Aufsichtsbehörde zugewiesenen Geschäfte, insbesondere die Prüfung und eventuell Genehmigung der Statuten und die Beaufsichtigung der Kassen in Bezug auf die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften.

3. Die Verwaltung der Gemeindekrankenversicherung.

4. Die Verwaltung der Ortskrankenstellen und die Gemeindekrankenversicherung errichteten gemeinsamen Meldestelle.

5. Die Verwaltung der auf Grund des Hamburgischen Gesetzes vom 17. Juli 1903 errichteten Dienstbotenkrankenstellen, welche auch für ihre Versicherungsunternehmungen deren Geschäftsbetrieb durch die Aufnahme von Versicherten o. welche weder einer Betriebs- (Fabrik-) Krankenkasse, noch der Dienstboten-Krankenkasse als Mitglieder angehören.

6. Die Zulassung und Beaufsichtigung derjenigen privaten Versicherungsunternehmungen, deren Geschäftsbetrieb durch die Statuten oder sonstigen Geschäftsunterlagen auf das hamburgische Gebiet beschränkt ist.

7. Die Verwaltung der auf Grund des Hamburgischen Gesetzes vom 3. Mai 1907 errichteten Versorgungskasse für staatliche Angestellte und Arbeiter.

8. Die Verwaltung der auf Grund des Gesetzes vom 15. Juni 1910 errichteten Versorgungskasse Hamburger Hebammen.

Das Verzeichnis des Beamtenspersonals siehe Abschnitt I.

Baudeputation.

Bleichenbrücke 17.

Die Baudeputation ist für alle, das öffentliche Bauwesen des hamburgischen Staats betreffenden Angelegenheiten zuständig.

Sie besteht aus drei Senatsmitgliedern, zwei bürgerlichen Mitgliedern der Finanzdeputation und acht von der Bürgerschaft auf acht Jahre gewählten Mitgliedern, von denen jährlich eines austritt und durch Neuwahl ersetzt wird.

Die Deputation teilt sich in zwei Sektionen:

Die Sektion für den Hochbau und das Ingenieurwesen, bestehend aus zwei Senatsmitgliedern, einem Mitgliede der Finanzdeputation und fünf bürgerlichen Mitgliedern, und die Sektion für den Strom- und Hafenbau, bestehend aus zwei Senatsmitgliedern, einem Mitgliede der Finanzdeputation und drei bürgerlichen Mitgliedern.

Zur Erleuterung der Präsidialgeschäfte steht den Präsides der 1. und 2. Sektion der Baudeputation das Präsidialbüro mit zwei juristischen Räten zur Verfügung, die an den Sektionssitzungen und Plenarversammlungen der Baudeputation mit beratender Stimme teilnehmen.

Die fachmännischen Sätze des Hochbau- und Ingenieurwesens der Stadt sowie des Strom- und Hafenbaues bilden drei technische Verwaltungschefs und zwar: für den Hochbau der Baudirektor, für das Ingenieurwesen der Oberingenieur

und für den Strom- und Hafenbau der Wasserbaudirektor.

Diese drei obersten Bau-Beamten sind einander koordiniert und nehmen mit ihren regelmäßigen Vertretern an den ständigen Deputationen und an den Sitzungen ihrer Sektionen und an Plenarversammlungen der Baudeputation mit beratender Stimme teil.

Die erste Sektion versammelt sich am Donnerstag jeder Woche, die zweite in der Regel an jedem zweiten Sonnabend jedes Monats.

Die Plenarversammlungen beruft der Präsides der Baudeputation, so oft eine Veranlassung dazu vorliegt. Es gelangen an sie allgemeine Angelegenheiten und für solche, die in das Ressort beider Sektionen fallend, eine gemeinschaftliche Beratung wünschenswert erscheinen lassen.

Über die Gliederung der Bureaus und ihrer Unterabteilungen sowie über den Geschäftsbereich derselben und ihre Belegenheit gibt die Zusammenstellung in Abschnitt I unter Bauwesen, Beleuchtung und Wasserversorgung näheren Anschluss.

Das Verzeichnis des Beamtenspersonals siehe ebenfalls Abschnitt I.

Strassenreinigung in Hamburg.

Bleichenbrücke 17.

Die Strassenreinigung Hamburgs wird seit dem 1. Januar 1886 in Regie ausgeführt, während dieselbe anfänglich den Antiquar oblag und später unter Aufsicht der Polizeibehörde einem Unternehmer übertragen war. Sie untersteht jetzt dem Ingenieurwesen der Baudeputation als eine besondere Abteilung für Strassenreinigung und Abfuhr.

Zu den Aufgaben dieser Abteilung gehören die Strassenreinigung und Besprengung, die Schnees- und Eisarbeiten, die Reinhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten, die Überwachung der an Unternehmer vergebenen Abfuhr des Strassenkloakals und des Hausunrats, sowie die Abfuhr von Fäkalien und die Abfuhr von Schiffs- und Kalunrat, sowie die Abfuhr von Fäkalien und Abwässern von den nicht oder nur zum Teil an die Stelle angeschlossenen Grundstücken. Seit dem 1. Januar 1903 wird die Reinigung der Privatstrassen ebenfalls von der Abteilung für Strassenreinigung und Abfuhr ausgeführt.

Die Gesamtlänge der Strassen Hamburgs betrug Ende 1909 bei einer Strassenlänge von etwa 461 km rund 8 090 000 qm. Davon entfallen auf Fahrdämme 4 638 000 qm. Das gesamte Stadtgebiet ist in 12 Abteilungen geteilt, deren jede von einem Abteilungsaufseher, welchem der Aufseher für den Nachtdienst unterstellt ist, geleitet wird. Jede Aufseher-Abteilung hat ein möglichst zentral gelegenes Depot, an dem sich die Mannschaften versammeln und woselbst die erforderlichen Maschinen, Geräte u. s. w. untergebracht sind.

Das Inhalts-Verzeichnis befindet sich hinter dem Titelblatt

Die mit Rücksicht auf die meist geringen Abfuhrleistungen 50 000 qm, mindestens 600 qm mit

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm

Mindestens 50 000 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm, mindestens 600 qm